

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich, Einzelne Num. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574,
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Fiehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 131

Donnerstag, 9. Juni

1921

Vom Landtage.

In Fortsetzung des Berichtes in der heutigen Landtagsbeilage sei mitgeteilt, daß nach kurzer Aussprache der dort abgedruckte Antrag Nr. 273 des Haushaltungsausschusses A. die Obstruktion an den Staatsfragen betr., einstimmig angenommen wurde. Weiter wurden die Vorlagen Nr. 47, betr. die Besteuerung des Gewerbetriebs im Umherziehen, diese mit einer kleinen Änderung, und Nr. 49, betr. einen Nachtrag zum Vertrage des Staatsfiskus mit den Ständen der Oberlausitz über die Errichtung eines Forschungsinstituts für Landarbeit usw. in Pommitzsch, nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen.

Der Reichskanzler über die Lage.

Paris, 7. Juni. Der deutsche Reichskanzler Dr. Brüchler äußerte in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des Matin u. a.: Die Konferenz von Spa war eine schwere Probe für Frankreich und Deutschland. Deutschland mußte damals inmitten einer vollkommenen Wirtschaftskrise einen beträchtlichen Teil seiner Rohstoffproduktion abstellen. Wäre es damals Leiter der deutschen Politik gewesen, so hätte er eine sehr große Summe als Reparation angeboten. Dann hätte sich der politische Horizont früher aufgehellt. Seit Spa verschlechterten sich die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland immer mehr. Deshalb sei die Londoner Konferenz unter ungünstigen psychologischen Bedingungen begonnen worden. Die jetzige deutsche Regierung, unterstützt von der großen Mehrheit des deutschen Volkes, werde das Ultimatum durchführen. Im voraus könne niemand die Produktionsfähigkeit Deutschlands festsehen. Der Weg zur Annäherung werde am besten durch Weltzirkulation und Sachlieferungen geebnet. Der Reichskanzler beurteilte die Entwaffnungsfrage in Bayern günstig. Über den Selbstschuß in Oberschlesien sagte er: „Er werde das möglichste tun, um eine Verständigung zwischen den Parteien zu erleichtern. Es sei aber jetzt endlich Zeit, daß die internationalen Kommission die Rechte und das Leben der deutschen Bevölkerung beschütze. Zur sie das nicht, dann sei Oberschlesien vom Bürgerkrieg bedroht.“ Zum Schluß erklärte der Reichskanzler, vor Verhandlungen werde das erste Drittel des Reichsnotuloses eingezogen sein. Das einzige Ziel seiner Politik sei, die Bedingungen des Ultimatus zu erfüllen.

Die Liste der Selbstschußorganisationen.

Berlin, 7. Juni. Bekanntlich hatte die internationale Militärkontrollkommission von der deutschen Regierung bis zum 30. v. Mts. die Einreichung einer Liste derjenigen Selbstschußorganisationen verlangt, welche die Regierung in Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 aufzulösen beabsichtigt. Der Kommission ist freigelegt eine Liste überhandt worden, welche die Organisation Fischer, die ostpreussischen Böhren und die bayerischen Einwohnerwehren enthält. Die Kommission erwiderte, daß die Liste unvollständig sei, da sie nicht alle Selbstschußorganisationen enthalte, die nach den Pariser Beschlüssen in Verbindung mit dem Ultimatum aufzulösen seien.

Die deutsche Regierung hat darauf geantwortet, daß nach ihrem Kenntnis und den Mitteilungen der Landesregierungen die überhandt Liste sämtliche in Deutschland bestehenden nach den genannten Bestimmungen aufzulösenden Organisationen umfasse. Sie hat darauf hingewiesen, daß die in zahlreichen Orten Deutschlands früher vorhandenen mit Militärwaffen versehenen oder inzwischen entwaffneten Organisationen durch die Erlasse der Landesregierungen über die Auflösung der Einwohnerwehren überall, außer in Bayern und in Ostpreußen, aufgelöst seien und aufgehört hätten, zu bestehen. Durch ein Rundtelegramm seien die Regierungen der Länder ersucht worden, sofort nachzuprüfen, ob sich etwa Organisationen der Verpflichtung zur Wehrung ergäben hätten. Wo dies der Fall sein sollte, würde Abhilfe ihrer Auflösung auf Grund des Gesetzes bewirkt werden.

Die Entwaffnung Bayerns.

München, 8. Juni. Die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren macht weitere Fort-

Die britisch-französische Bündnisfrage.

Die Haltung der britischen Minister.

Paris, 7. Juni. Der „Matin“ läßt sich aus London melden: Nach Informationen, die aus amtlichen englischen Kreisen kommen, ist auf Anregung des englischen auswärtigen Amtes die neuerdings in der französischen und englischen Presse vielfach erörterte Frage einer festumrissenen Entente zwischen England und Frankreich in drei Sitzungen des englischen Kabinetts zur Sprache gekommen. Der Gedanke ist in der Form vorgebracht worden, daß England sich verpflichten sollte, im Falle eines deutschen Angriffes Frankreich beizustehen und daß Frankreich als Gegenleistung die englischen Bedenken gegen die Beizugung des Ruhrgebietes berücksichtigen und mit England im Orient zusammenarbeiten soll. Für diesen Gedanken seien zwei oder drei Minister, darunter Lord Curzon und Chamberlain, sowie der Unterstaatssekretär im Londoner auswärtigen Amte Sir Eyre Crowe eingetreten. Die Mehrheit der Minister, darunter Churchill, habe aber den Plan nicht unterstützt. Gegenwärtig werde die Frage von den amtlichen Stellen nicht mehr erörtert.

Harald Stuarts erster Lagebericht.

Büch, 8. Juni. Die „Daily Mail“ meldet, es der erste Situationsbericht über die Lage in Oberschlesien von dem britischen General Sir

Die Verfolgung der Deutschen in Polen.

Berlin, 7. Juni. In Ostrowo haben, wie berichtet, am 2. d. M. schwere Ausschreitungen gegen die Deutschen stattgefunden. Bereits vorher war das polnische Testamentsamt vom deutschen Konsul darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich in einigen Orten Polens eine deutschfeindliche Bewegung vorbereite. Um so weniger sind die Ereignisse in Ostrowo zu entschuldigen. Auf sofortige Vorstellungen des Konsuls bedauerte und verurteilte der Bismarckminister zwar die Vorgänge und versicherte, eine Wiederholung verhindern zu wollen. Gleichzeitig aber machte er darauf aufmerksam, daß es infolge der Vertreibung polnischer Arbeiter aus Westfalen und aus der Wiederkehr im ganzen Abtreibungsgebiete gegen die Deutschen gäre.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die im Friedensvertrage übernommenen Verpflichtungen die polnische Regierung binden, die deutschen Minderheiten nachdrücklich gegenüber Angriffen der polnischen Mehrheit zu schützen. Der deutsche Geschäftsführer ist angewiesen worden, dies in Warschau zum Ausdruck zu bringen. Andererseits darf die Erregung in Oberschlesien nicht dazu führen, etwa Vergeltung an den in Deutschland lebenden Polen üben zu wollen. Ein solches Vorgehen würde ungerecht sein. Die vom polnischen Bismarckminister behaupteten Vorgänge in Deutschland unterliegen gegenwärtig der Nachprüfung.

Die Kämpfe in Oberschlesien.

Oppeln, 7. Juni. Heute traf ein englisches Bataillon in Gleiwitz ein. Ein zweites englisches Bataillon und eine französische Kompanie befinden sich in Rosenberk. In der Gegend von Krappitz und Ottmich hat das italienische Bataillon Stellung bezogen. Die Kampfaktivität der Aufständischen war auch heute sehr lebhaft. Bei Grödych wurde eine polnische Batterie festgehalten. Die Ausstellungen der Führer im Kreise Rosenberk, Bayern an. Schloß Jembowitz wurde ausgeplündert. Ein durch einen Panzerzug unterstützter Gefech-

Harald Stuart in London eingetroffen. Der General bezeichnet die Lage als sehr ernst. Er stellt zwar kein Sympathisieren der französischen Truppen mit den Insurgenten fest, wohl aber eine bemerkenswerte Zurückhaltung der französischen Streitkräfte in bezug auf die Bekämpfung der polnischen Aufständischen, sobald die Säuberungsaktion fast ausschließlich durch englische Truppen vorgenommen werden müsse.

Gefecht in Irland.

Dublin, 8. Juni. Gestern haben die Streitkräfte der Krone in einem Orte der Grafschaft Cork einen großen Trupp bewaffneter Freiwilliger überfallen. In dem sich entspannenden sehr erbitterten Gefechte wurden drei Freiwillige getötet, zwölf verwundet und mehrere Hundert gefangen genommen. Die königlichen Streitkräfte hatten nur unbedeutende Verluste.

Der Frieden mit Amerika.

London, 8. Juni. Die „Times“ meldet aus Washington, daß am Donnerstag und Freitag im amerikanischen Repräsentantenhaus die Erörterungen über die Entschädigung, durch die der Friedenszustand mit Deutschland erklärt wird, stattfinden werde. Weiter meldet aus Washington, daß die Entschädigung Forter nur die Beendigung des Kriegszustandes vorsehe.

Die Schulden Polens.

Warschau, 8. Juni. Der polnische Staatsvoranschlag sieht fast drei Viertel aller Ausgaben für Heeresbedürfnisse vor. Die Gesamtschuld Polens an das Ausland, die Ernährung und Ausrüstung des Heeres belaufen sich nach dem heutigen Kurs auf rund 250 Milliarden polnische Mark.

Der Vertrag von Trianon in der französischen Kammer.

Paris, 7. Juni. Die Kammer besprach in ihrer heutigen Vormittags-Sitzung den Gesetzentwurf über die Annahme des Vertrages von Trianon. Der Berichterstatter Guernier rechtfertigte die ungarische Grenzlinie und verlas eine Stelle aus einem Schreiben Millerands, das dem Vertrage beigelegt ist und worin gesagt wird, daß die alliierten Mächte ihre Zustimmung geben würden, wenn der Völkervertrag die endgültige Grenzfestsetzung in freundschaftlicher Weise regelte. Der einzige Artikel des Vertrages wurde von der Kammer mit 478 gegen 74 Stimmen angenommen.

Die Streiklage im Waldenburger Bezirk.

Berlin, 8. Juni. Im nieder-schlesischen Kohlenbezirk sind gestern die Bergleute auf fast allen Gruben wieder zur Arbeit erschienen. Sie wurden aber von den Kommunisten an der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit gehindert und teilweise aus den Schächten wieder herausgeholt. Es hat sich eine kommunistische Streikleitung gebildet.

Der Ende des englischen Bergarbeiterausbeuges.

London, 8. Juni. Die Führer der Bergarbeiter erklärten, die Bergwerkseigentümer hätten beträchtliche Zugeständnisse gemacht. Ihre letzten Vorschläge stellen einen großen Fortschritt gegenüber allem dar, was bisher angeboten worden ist. Die gesamte Lage hat dadurch ein vollkommen anderes Aussehen erhalten, da die Bergleute nunmehr in der Lage sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne zu befürchten, daß die Löhne unter dem zum Leben notwendigen Stand gesetzt werden. Der Volkswirtschaftsausschuß hat daher Vorbereitungen getroffen, um seinen Einfluß in der Richtung einer Verständigung einzusetzen.

Umstellung im deutschen Wirtschaftsleben.

Von unserem Berliner Mitarbeiter

Berlin, 7. Juni
Was das deutsche Wirtschaftsleben durch den Frieden von Versailles an Wachstum und innerer Kraft verliert und in Zukunft noch verlieren wird, das muß es auf andere Weise zu ersetzen suchen. Diese Aufgabe ist von den leitenden Männern der deutschen Industrie und des Handels sofort in ihrer vollen Wichtigkeit und Größe erkannt worden, und der Erkenntnis folgte die Tat auf dem Fuße. Was hier bereits geleistet worden ist, kommt in der Gegenwart kaum recht zur Würdigung, weil diese sich mit jedem neuen Tag vor weitere schwere Aufgaben stellt, die gelöst werden müssen und zu rückföhrlicher Betrachtung gar keine Zeit lassen. Immerhin ist ein Rückblick um so eher am Platze, weil aus ihm nicht nur die Bewußtheit geschöpft wird, daß es mit unserer Wirtschaft auch in schwierigen Verhältnissen nicht dauernd rückwärts geht, sondern weil auch jede Tat wieder zu neuem Fortschritt und Wagem anspornt.

Eine starke Stütze des deutschen Wirtschaftslebens war schon seit je seine starke Organisation, die die Firmen gleicher Branche zusammenschloß und ihnen so bessere Vertretung ihrer vielfältigen Interessen gestattete, als wenn jedes Unternehmen für sich gearbeitet hätte. Auch in politischer Hinsicht hat diese Organisation sich bewährt, weil ihrer Stellungnahme zu Gesetzvorlagen der Regierung, ihren Vorschlägen und Wünschen so ein gewisses Gewicht gesichert war. Hier nun hat nach Kriegsende alsbald ein weiterer Ausbau der Organisation eingeleitet, der dahin ging, in den einzelnen Wirtschaftszweigen auch die einzelnen Untergruppen wieder enger zusammenzuschließen, um den Bezug der Rohstoffe, die Beschaffung der Fabrikation und die Veredelung des Rohstoffes sicherzustellen. Neben dieser horizontalen Organisation geht eine vertikale nebeneher. Sie hat zum Ziele: Rohstoff und Fabrikation in Verbindung zu bringen und so zu führen. In erster Linie sind die großen Industrieunternehmen und Dampfmaschinen bemüht, sich Beteiligung an Kohlengruben zu sichern, damit sie auf regelmäßige Zufuhre von Kohle mit einiger Sicherheit rechnen können. Und einen Schritt weiter führt die Verbindung der Zellulosefabrikate erzeugenden Industrien mit den Zellulosefabrikationsindustrien. Hier ist Siemens vorangegangen und andere sind ihm gefolgt. Die Werften gehen Verbindungen mit Eisenwerken ein, um Vorkaufbesitzungen zu erlangen, und die deutschen Jägerwerke für Sportjagete und Landkultur arbeiten in engem Verein mit dem holländischen Jägerkonglomerat und dem englischen Jägerkonglomerat, wodurch sie über Ostindien, Ostafrika und Bismarckinseln verfügen und daher von vielen Zufälligkeiten des Marktes unabhängig sind. Diese Berufsorganisationen dürften sich in nächster Zeit noch weiter ausdehnen und die Struktur des Wirtschaftskörpers bedeutend stärken.

Beachtung verdient auch die Schnelligkeit, mit der sich große Werke und Fabriken, die Jahrschichte hindurch bestimmte Artikel hergestellt haben, nun der Fabrikation ganz anderer Waren zuwenden, sei es weil der Friedensvertrag von Versailles diese Umstellung nötig machte, sei es weil die von ihnen bei nötigen Rohstoffe zurzeit zu teuer sind, um eine gewinnbringende Verarbeitung zu ermöglichen. Als Beispiel für ersteren Fall mögen die Kruppwerke dienen, die sich auf die Herstellung von Zerstörern, Bodenbelagplatten und Zulfasfaser geworfen haben, während manche Woll- und Baumwollverarbeitungsfabriken die Fabrikation von Erzeugnissen veränderten Art aufgenommen haben. Hier wird die Not dazu führen, daß man auch weiterhin die Verwertung von Erzeugnissen vorzieht und deren Verbesserung dauernd im Auge behält. Alles was der deutsche Boden hergibt, wird und muß in Zukunft bis auf den letzten Rest ausgenutzt werden, schon um unsere Valuta zu stärken.

Doch auch in der Fabrikation selbst sind wertvolle Fortschritte in bezug auf Beschaffung und Absatzsicherung der Waren festzustellen. Vor dem Kriege war es Brauch, daß jede Fabrik ihre besonderen Spezialmarken herstellte und vertrieb. So wertvoll diese Spezialisierung auf der einen Seite war, so hinderlich war sie andererseits für die Praxis. Man nehme nur die tausend und abertausend Spezialmarken, die sich auf dem Maschinenmarkt fanden. Verlangte eine solche Maschine, so war namentlich im Auslande ihre Reparatur nicht überall möglich; gingen aber einzelne Teile in Bruch, so konnten Ge-